

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 20.02.2014

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld
- Löschabteilung Gadderbaum/Bethel - Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Schneider Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Kögler Fraktionsvorsitzender

Herr Weigert

SPD

Herr Baum

Anwesend ab 17:05 Uhr, TOP 2

Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Brunnert

Frau Herting

Frau Kley-Groenhagen

Frau Pfaff

Stellv. Bezirksbürgermeisterin

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Anwesend ab 17:07 Uhr, TOP 3

Die Linke

Frau Thiel-Youssef

Anwesend ab 17:30 Uhr, TOP 7

Entschuldigt fehlen:

CDU

Frau Bacso

Frau Wehmeyer

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Flegel-Hoffmann

Von der Verwaltung:

Frau Busch-Viet, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Herr Helmke, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Frau Steinborn, Bezirksamt Brackwede
Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin
Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Schneider begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 47. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Änderung der Tagesordnung

Frau Schneider erklärt, dass die beiden Punkte 4.2 „Situation an der Einmündung des Martiniweges in die Artur-Ladebeck-Straße“ und 6 „Antrag nach § 24 GO: Alternative Vorschläge zur Wiedereröffnung des Martiniwegs bei gleichzeitiger Sicherung der Radfahrerinnen und Radfahrern“ auf Grund ihrer sachlichen Nähe gemeinsam behandelt werden könnten.

Zudem habe der Gadderbaumer Turnverein Bielefeld von 1878 e. V. keine näheren Informationen zu seinem Antrag auf Sondermittel vom 25.11.2013 eingereicht, weshalb der Punkt 11 „Verwendung bezirklicher Sondermittel in 2014“ abgesetzt werden könne.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Die Tagesordnungspunkte 4.2 „Situation an der Einmündung des Martiniweges in die Artur-Ladebeck-Straße“ und 6 „Antrag nach § 24 GO: Alternative Vorschläge zur Wiedereröffnung des Martiniwegs bei gleichzeitiger Sicherung der Radfahrerinnen und Radfahrern“ werden gemeinsam behandelt.**
- 2. Der Tagesordnungspunkt 11 „Verwendung bezirklicher Sondermittel in 2014“ wird abgesetzt.**

-einstimmig beschlossen-

Anmerkungen zur Tagesordnung

Auf Nachfrage von Frau Schneider zu Änderungswünschen und/oder Anmerkungen zur Tagesordnung weist Herr Brunnert darauf hin, dass der TOP 4.1 „Rechtliche Voraussetzungen für die Verkürzung der aktuellen Legislaturperiode“ richtigerweise „Rechtliche Voraussetzungen für die Verkürzung der aktuellen Wahlperiode“ heißen müsste, da sowohl Rat als auch Bezirksvertretungen keine gesetzgebenden Organe (= Legislative) seien.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 46. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 16.01.2014**

Herr Brunnert weist darauf hin, dass Herr Baum in der Sitzung am 16.01.2014 nicht anwesend gewesen sei und Herr Heimbeck tatsächlich teilgenommen habe.

Frau Pfaff merkt zu TOP 10 (S. 16 der Niederschrift) an, dass Herr Brunnert – und nicht sie- den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes gestellt habe.

Anschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 16.01.2014 wird unter Berücksichtigung der vorgenannten Anmerkungen nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin:

1. Gadderbaumer Heimat- und Kulturverein e. V.

Frau Schneider berichtet zum aktuellen Sachstand und weist darauf hin, dass der Verein kurz vor der Auflösung stehe, wenn sich bis zur nächsten Mitgliederversammlung Ende Februar kein neuer Vorstand fände. Sie appelliert an die Mitglieder der Bezirksvertretung und an die Gadderbaumer Bürgerinnen und Bürger, sich für den Verein einzusetzen und sich ehrenamtlich zu engagieren.

2. Gadderbaumer Osterfeuer 2014

Nachdem im vergangenen Jahr die Neuauflage des Osterfeuers auf dem Gelände der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld, Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36 bestens angenommen worden sei, möchten das Ortschaftsreferat Bethel, die Löschabteilung Gadderbaum/Bethel und die Bezirksvertretung Gadderbaum auch in diesem Jahr alle Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeitende, Angehörige und Freunde wieder zu einem gemütlichen Schalen-Feuer am **Ostersonntag, den 20. April 2014, ab 18.00 Uhr** einladen. Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer könnten über den befestigten Parkplatz nah an das Feuer heran fahren. Toiletten seien im Feuerwehrhaus vorhanden. Es gebe ebene Stellflächen für den Grill und den Bierwagen, sowie Parkplätze für Besucherinnen und Besucher in unmittelbarer Umgebung.

3. Betheler Frühjahrsputz

Am Samstag, dem 17.05.2014, organisiere das Ortschaftsreferat Bethel zum zweiten Mal den Betheler Frühjahrsputz. Start sei um 10:00 Uhr im Garten der Neuen Schmiede und im Anschluss werde gemeinsam gegrillt und der „Fund des Tages“ prämiert. Alle Bürgerinnen und Bürger Gadderbaums seien herzlich eingeladen. Anmeldungen bitte bis zum 30.04.2014 direkt an: Fred Müller, Ortschaftsreferat Bethel, Sareptaweg 4 (Tel.: 0521 1445353 oder per E-Mail an: Fred.Mueller@bethel.de).

Mitteilungen der Verwaltung:

Stadtradeln 2014

Frau Steinborn verweist auf die als Tischvorlage verteilte Anmeldung zum diesjährigen Stadtradeln. Die Aktion finde vom 15.06.-05.07.2014 statt.

Die Bezirksvertretung nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Rechtliche Voraussetzungen für die Verkürzung der aktuellen Legislaturperiode

Mündliche Anfrage des Einzelvertreters der BfB vom 21.11.2013:

„Unter welchen rechtlichen Voraussetzungen erfolgt die (geplante) Verkürzung der aktuellen Legislaturperiode?“

Zur Begründung führt Herr Witte an, dass die aktuelle Wahlperiode 2009-2014 gesetzlich auf fünf Jahre festgesetzt sei. Die Wahlen fänden in diesem Jahr allerdings bereits im Mai statt und die konstituierende Sitzung der neuen Bezirksvertretung sei für Juni 2014 geplant. Somit würde die aktuelle Wahlperiode um Monate verkürzt.

Frau Steinborn verliest hierzu die Antwort des Wahlamtes: Die

Rechtsgrundlage für die Verkürzung der aktuellen Wahlperiode finde sich in § 36 Gemeindeordnung. Darin heiße es, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung für die Dauer von fünf Jahren gewählt würden. Nähere Vorschriften treffe das Kommunalwahlgesetz NRW.

§ 14 des Kommunalwahlgesetzes lege fest, dass die Wahlperiode im Allgemeinen mit Ablauf des Monats endet, in dem die Wahl stattgefunden habe. Mit Gesetz über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen (KWahlZG) sind erst- und einmalig in 2014 die Europawahl und die Allgemeinen Kommunalwahlen auf einen Wahltermin gelegt worden. Der Termin für die Europawahl wurde auf den 25.Mai 2014 festgelegt, damit finden an diesem Termin auch die Kommunalwahlen statt. Die Wahlperiode endet mit Ablauf des Monats, in dem die Wahl stattgefunden hat, somit mit Ablauf des 31.Mai 2014.

Die Verkürzung der Wahlperiode sei somit rechtmäßig.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2 **Situation an der Einmündung des Martiniweges in die Artur-Ladebeck-Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6937/2009-2014

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Wie wird inzwischen, nach Erkenntnis der Verwaltung, die neue Verkehrsregelung an der Einmündung des Martiniweges in die Artur-Ladebeck-Straße beachtet?“

Zusatzfrage:

Wie wird der Missachtung dieser Verkehrsregelung von Seiten der Verwaltung begegnet?“

Anmerkung der Schriftführerin: gemeinsam behandelt mit TOP 6 (s. Beschluss „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Verstärkte Verkehrskontrollen im Bereich Beteleck und Gadderbaumer Straße/ Kantensiek/ Königsweg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6938/2009-2014

Antrag der SPD-Fraktion:

„Die Verkehrskontrollen im Gebiet Beteleck und Gadderbaumer Straße/Kantensiek/Königsweg sind zu verstärken.“

Herr Heimbeck begründet den Antrag und macht nochmals auf die große Gefährdung für die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer aufmerksam. Um insbesondere Menschen mit Beeinträchtigungen, Fußgänger und Radfahrer zu schützen, sei es dringend erforderlich, die Verkehrskontrollen an diesen Punkten deutlich zu verstärken.

Herr Spilker merkt an, dass der Anlieferungsverkehr vor den dort ansässigen Restaurationen (insbesondere vor der ehemaligen Ochsenbraterei Stollberg) häufig die Ampelanlage verdecke, was ebenfalls zu gefährdenden Situationen führe.

Frau Herting plädiert dafür, eine umfassendere Lösung für den kompletten Bereich am Beteleck zu suchen.

Herr Brunnert nimmt Frau Hertings Anregung auf und schlägt vor, den Antragstext in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Dieser könnte lauten: *„Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung zu prüfen, inwiefern die komplexe Verkehrsproblematik im gesamten Bereich des Betelecks, auch unter Berücksichtigung des Anlieferverkehrs der ansässigen Restaurationen und Geschäfte, optimiert werden kann.“*

Frau Schneider stellt den Prüfauftrag sodann zur Abstimmung und es ergeht folgender, vom ursprünglichen Antragstext abweichender,

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung zu prüfen, inwiefern die komplexe Verkehrsproblematik im gesamten Bereich des Betelecks, auch unter Berücksichtigung des Anlieferverkehrs der ansässigen Restaurationen und Geschäfte, optimiert werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Antrag nach § 24 GO: Alternative Vorschläge zur Wiedereröffnung des Martiniwegs bei gleichzeitiger Sicherung der Radfahrerinnen und Radfahrer

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6997/2009-2014

Anmerkung der Schriftführerin: Die Tagesordnungspunkte 4.2 und 6 werden unter TOP 6 gemeinsam beraten.

Herr Müller, Ortschaftsreferent Bethel, erläutert seine Bürgereingabe und stellt die beiden im Antrag genannten Vorschläge näher vor. Er berichtet, dass viele Bürgerinnen und Bürger die aktuelle Situation weiterhin unbefriedigend fänden und macht nochmals deutlich, dass für den gesamten Bereich eine umfassendere Lösung gefunden werden müsse, auch um die zu bestimmten Tageszeiten auftretenden „Verkehrsmassen“ besser zu lenken.

Frau Pfaff äußert sich kritisch zu der vorgestellten Variante 1 (Barrieren an der Artur-Ladebeck-Straße), da diese insbesondere nachts ein erhöhtes Unfallrisiko für Radfahrerinnen und Radfahrer darstellen könnten. Des Weiteren erscheine die zweite Variante (Umfahrung des Parkplatzes) als wenig praktikabel, weil der daraus resultierende „Umweg“ zu groß sei. Grundsätzlich spreche sie sich für eine erneute Öffnung des Martinwegs aus.

Herr Heimbeck erachtet die vorgestellten Alternativen ebenfalls für umständlich und teilweise gefährlich, wenngleich die jetzige Situation inakzeptabel sei. Die Beschilderung am Martiniweg, insbesondere die Ausnahmeregelung für Fahrradfahrer, sei nicht auf den ersten Blick erkennbar.

Frau Steinborn verliest ergänzend die Antwort der Straßenverkehrsbehörde zu der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Nach Rücksprache mit den Bezirksdienstbeamten der Polizei habe sich die Situation an der Einmündung Martiniweg/Artur-Ladebeck-Straße in den letzten Monaten beruhigt.

Wenn es Verstöße gegeben habe, seien diese hauptsächlich zu den Hauptverkehrszeiten am Nachmittag festgestellt worden. Die Polizei kontrolliere weiterhin unregelmäßig.

Es sei richtig, dass durch die Neuregelung die Rückstaus auf dem Königsweg in Richtung Bethel länger geworden seien. Auch sei vom Restaurant „Glück und Seligkeit“ bestätigt worden, dass die Anlieferung durch die Einbahnstraße erschwert werde. Insgesamt lege weiterhin keine vollständig befriedigende Situation vor.

Es bleibe aber festzuhalten, dass seit der Neuregelung an der Einmündung keine weiteren Fahrradfahrer zu Schaden gekommen seien.

Die Schließung der Zufahrt zur Artur-Ladebeck-Straße vom Martiniweg, die erst nach verschiedenen weniger eingreifenden Maßnahmen durchgeführt wurde, habe sich als geeignet erwiesen, den Unfallschwerpunkt zu beseitigen und sei daher aus Sicht der Verkehrssicherheit als erfolgreich einzustufen.

Frau Schneider schlägt vor, die Thematik in einer der nächsten projektbezogenen Arbeitsgruppen „Tiefbau und Verkehr“ vertieft zu behandeln.

Sodann fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Thematik wird zur weiteren Befassung in die Projektgruppe „Tiefbau und Verkehr“ verwiesen.

- einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 7

Grünanlage „Alte Radrennbahn am Bolbrinker“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6951/2009-2014 (Nachtragsvorlage)

Drucksachennummer: 6508/2009-2014 (Ursprungsvorlage)

Frau Schneider verweist auf die Nachtragsvorlage (Drs.-Nr. 6951/2009-2014) und merkt dazu an, dass die in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung vorgebrachten Änderungswünsche vom Umweltbetrieb aufgenommen und eingearbeitet worden seien.

Herr Brunnert spricht sich dafür aus, den bestehenden Baum vor der Ausfahrt am Bolbrinker zu erhalten – aus der Grafik zur Vorlage könne man nicht erkennen, ob dieser bestehen bliebe.

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

Der Entwurfsplanung für die Grünanlage „Alte Radrennbahn am Bolbrinker“ in der vorliegenden Fassung vom 27.01.2014 wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2014/2015

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6944/2009-2014

Frau Busch-Viet, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -, erläutert die Beschlussvorlage und geht insbesondere auf die Reduzierung des Trägeranteils der ev. Anstaltskirchengemeinde Bethel (Zionsgemeinde)

ein. Die überdurchschnittliche Versorgungsquote im Stadtbezirk sei bedingt durch den großen Arbeitgeber v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel, da viele Arbeitnehmer ihre Kinder in der Nähe ihres Arbeitsplatzes unterbringen würden. Die KiTa-Plätze seien voll ausgelastet, und eine gute Auslastung in der Tagespflege sei ebenfalls gegeben.

Frau Pfaff stellt Fragen zum tatsächlichen Betreuungsumfang und erkundigt sich kritisch, ob dieser mit den Vorstellungen und Wünschen der Eltern übereinstimme. Darüber hinaus fragt sie nach, ob Änderungen des Betreuungskontingents auch innerhalb des laufenden Kindergartenjahres möglich seien. Des Weiteren erkundigt sie sich nach dem Anteil der 45-Stunden-Plätze für unter dreijährige Kinder an allen Plätzen für unter dreijährige Kinder im Stadtbezirk Gadderbaum.

Frau Busch-Viet bestätigt, dass der angebotene Betreuungsumfang von den meisten Eltern als bedarfsdeckend beurteilt werde. Bezüglich des Betreuungskontingents gebe es einen gewissen Rahmen, der von der Mehrzahl der Einrichtungen nicht in Anspruch genommen werden müsse. Die Antwort auf die letzte Frage würde sie über die Niederschrift nachreichen.

(Anmerkung der Schriftführerin:

Nachfolgend ist die Antwort wiedergegeben: „Plätze für unter dreijährige Kinder werden in den Gruppenformen I (2 bis 6Jährige) und II (0 bis 3Jährige) angeboten. Im Rahmen der Trägergespräche wird für die Gruppenform I lediglich die Gesamtzahl der auf die einzelnen Betreuungszeiten entfallenden Plätze sowie die Zahl der Plätze für unter dreijährige Kinder (mindestens 4, maximal 6 Kinder pro Gruppe) vereinbart.

Eine Zuordnung U3/Ü3 zum Betreuungsumfang erfolgt erst im Rahmen der Zuschussantragstellung.

Eine Auswertung der uns vorliegenden vorläufigen Zuschussanträge für die Gadderbaumer Kindertageseinrichtungen hat ergeben, dass von den insgesamt 25 Plätzen für unter Dreijährige in der Gruppenform I 5 Plätze mit einem Betreuungsumfang von 45 Stunden angeboten werden.

Von 83 KiBiz-geförderten Plätzen in der Gruppenform II werden 81 mit einem Umfang von 45 Stunden angeboten. Zu 7 frei finanzierten Plätzen liegen uns keine Informationen hinsichtlich des Betreuungsumfangs vor. Von insgesamt 108 Kibiz-geförderten Plätzen werden 88 und somit 81 % mit einem Betreuungsumfang von 45 Stunden angeboten.“)

Herr Witte stellt fest, dass sich die Kindpauschale für das Kindergartenjahr 2014/2015 auf ca. 92 Millionen Euro belaufe und erkundigt sich nach den verschiedenen Anteilen.

Frau Busch-Viet erläutert, dass sich die Kindpauschale aus Anteilen vom Land NRW, aus Elternbeiträgen, aus nicht subventionierten Trägeranteilen und ca. 50 % städtischen Anteil zusammensetze.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum stellt den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2014/2015 fest, soweit dieser den Stadtbezirk Gadderbaum betrifft, und beauftragt die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2014 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

	Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespflege
Ia	342	1.249	3.157	
Ib	1.587			
Ic	2.477			
IIa	18	18		
IIb	380	380		
IIc	1.221	1.221		
IIIa	490		490	
IIIb	1.965		1.965	
IIIc	3.261		3.261	
Summe	11.741	2.868	8.873	800 **

Stand: 15.01.2014

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen und der Gesamtzahl der Plätze ergeben sich aus der Tatsache, dass nicht alle Plätze über das KiBiz NW gefördert werden, insofern in dieser Vorlage keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden), außerdem werden nicht alle Plätze pünktlich zum 01.08.2014 in Betrieb genommen, so dass diese nur anteilig zu berücksichtigen sind (Differenz 10 Plätze).

**Inkl. 112 Reserveplätze Tagespflege

2. Gegenüber dem Land NRW werden auf der Basis der zurzeit vorliegenden Erkenntnisse, vorbehaltlich einer endgültigen verwaltungsmäßigen und medizinischen Prüfung des Integrationsbedarfes von Kindern, 288 Integrationsplätze gemeldet. Die am 01.08.2011 in Kraft getretene KiBiz-Revision ermöglicht die Nachmeldung von Integrationskindern im Laufe des Kindergartenjahres, so dass sich die Zahl der Integrationsplätze am tatsächlichen Bedarf orientiert und noch steigen kann.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2013/2014 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2015 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2014 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

4. Der Trägeranteil der Ev. Anstaltskirchengemeinde Bethel (Zionsgemeinde) wird in einem mehrschrittigen Verfahren innerhalb der nächsten fünf Kindergartenjahre von 12% auf 6% abgesenkt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Jugendarbeit in Gadderbaum

Herr Helmke, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -, berichtet zum aktuellen Stand der offenen Jugendarbeit in Gadderbaum. Die Martini-Kirchengemeinde habe ihr offenes Angebot nach Rücksprache mit dem Jugendamt zum Ende der Sommerferien 2013 eingestellt, da kein Bedarf mehr gesehen worden sei. Das Jugendhaus Gosen habe dieses Angebot ebenfalls nicht übernehmen wollen. Obwohl in Zusammenarbeit mit dem Stadtbezirksmanagement Gadderbaum im Jahr 2013 an alle in Gadderbaum lebenden Jugendlichen (im Alter von 12-16 Jahren) ein Info-Flyer zu den Angeboten der beiden Institutionen postalisch verschickt worden sei, habe auch diese Maßnahme nicht zu einer Steigerung der Besucherzahlen geführt. Der Zuschuss des Jugendamtes für verschiedenste bezirkliche Projekte habe sich im Jahr auf ca. 5.000 Euro belaufen, wobei dies kein stadtbezirksbezogener Ansatz gewesen sei. Diese Gelder würden nun in gesamtstädtische Angebote fließen, insbesondere aber in Stadtbezirke, die ein erhöhtes Armutsrisiko und einen hohen Migrationsanteil hätten. Zurzeit gebe es stadtweit ca. 30 stationäre und mobil-gestützte Angebote.

Auf Nachfrage von Herrn Baum, warum das Jugendhaus Gosen das zusätzliche Angebot nicht habe annehmen wollen, führt Herr Helmke aus, dass dies nur über einen neuen Leistungsvertrag möglich gewesen wäre. Letztendlich hätte dann allerdings ein anderes Angebot gestrichen werden müssen.

Herr Witte fragt nach dem städtischen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro, den die Martini-Kirchengemeinde bisher erhalten habe.

Herr Helmke merkt dazu an, dass die Martini-Kirchengemeinde zuletzt keine Honorarkräfte mehr habe beschäftigen müssen, da der Zuspruch der Jugendlichen so gering ausgefallen sei, weshalb die Mittel des Jugendamtes nicht mehr benötigt worden seien.

Frau Pfaff erkundigt sich nach den Möglichkeiten der „saisonalen“ Unterstützung, z. B. für einmalige Angebote im Stadtbezirk.

Herr Helmke erläutert, dass ein entsprechender Antrag dann ggf. über den zuständigen Träger des Angebots gestellt und dass bestimmte Voraussetzungen (Zielgruppe Kinder und Jugendliche, Familien, pädagogisch wertvolles Angebot) erfüllt werden müssten.

Herr Heimbeck hält die Idee der punktuellen finanziellen Unterstützung ebenfalls für sinnvoll, da sich diese der Situation flexibel anpassen könnte.

Langfristigere Angebote seien bei Jugendlichen eventuell nicht mehr ausreichend gefragt.

Herr Brunnert merkt an, dass die Information des Jugendamtes über die eingestellte Jugendarbeit der Martini-Kirchengemeinde sehr spät erfolgt sei und bittet in diesem Zusammenhang um eine regelmäßige Berichterstattung.

Die gesamte Bezirksvertretung begrüßt diesen Vorschlag und man einigt sich auf eine jährliche Berichterstattung des Jugendamtes über den aktuellen Stand der Jugendarbeit in Gadderbaum.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Bestellung eines Vorstandsmitglieds in der Dr. August Oetker-Stiftung Kindergarten Gadderbaum

Frau Schneider weist einleitend darauf hin, dass die Stiftung beabsichtige, sich zeitnah aufzulösen, weshalb die Bestellung eines neuen Vorstandsmitgliedes nun notwendig werde. Aktuell sei Herr Kögler noch offizielles Vorstandsmitglied. In der Vergangenheit sei dies in der Regel die amtierende Bezirksbürgermeisterin/der amtierende Bezirksbürgermeister gewesen.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Frau Bezirksbürgermeisterin Barbara Schneider wird von der Bezirksvertretung Gadderbaum in Nachfolge von Herrn Dietrich Kögler als neues Mitglied der Dr. August Oetker Stiftung Kindergarten Gadderbaum bestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Verwendung bezirklicher Sondermittel in 2014

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt

(s. Beschlussfassung „Vor Eintritt in die öffentliche Sitzung“).

-.-.-

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es liegt kein Bericht der Verwaltung vor.

-.-.-